
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

FLUGHAFEN FRANKFURT

03.06.2014

Als „erschreckend und absolut vorhersehbar“ bezeichnete Jürgen LENDERS, wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, die Aussagen von Fraport-Aufsichtsratsmitglied Frank Kaufmann in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und der Frankfurter Rundschau: „Die Interviews zeigen, dass sich Kaufmann in der Rolle des Flughafengegners gefällt, er sich jedoch nicht im Geringsten für die Anforderungen seines eigentlichen Jobs als Aufsichtsratsmitglied interessiert. So wirbt er ohne Rücksicht auf die Belange des Unternehmens für seine parteipolitischen Ziele hinsichtlich des Baus von Terminal 3 und betont gleich mehrmals, dass er die im Koalitionsvertrag festgehaltene mögliche Änderung des Planfeststellungsbeschluss für ein probates Mittel hält, um die grünen Forderungen nach einem längeren Nachtflugverbot durchzudrücken. Es bewahrheitet sich, dass es schrecklich naiv von der CDU war, einem erklärten Flughafengegner einen Sitz in diesem wichtigen Gremium zu geben. Denn auf diese Weise schadet die Union aus reiner Koalitionsräson dem entscheidenden Wachstumsmotor der Rhein-Main-Region, indem sie das wirtschaftliche Wachstum des Flughafens aufs Spiel setzt, um den Grünen einen Gefallen zu tun.“

Weiter erklärte Lenders:

„Wir als Liberale haben uns in sämtlichen Funktionen stets für die Prosperität des Flughafens stark gemacht, um Arbeitsplätze zu sichern und auszubauen und den Wirtschaftsboom der Region zu fördern. In der neuen Koalition ist von einem derartigen Engagement nichts zu spüren. Dies zeigt die Beliebigkeit der Positionierung der Union in der wichtigen Frage der Entwicklung des Frankfurter Flughafens. So warten wir immer noch vergeblich auf ein klares Bekenntnis der CDU zum Wachstum dieses wichtigen Wirtschaftsmotors.

Offensichtlich scheint die Union auch Kaufmanns sehr zweifelhafte Auslegung des Aktienrechts zu unterstützen: Denn grundsätzlich hat ein Mitglied des Aufsichtsrates die

Pflicht, sich für sein Unternehmen einzusetzen. Kaufmanns Äußerungen lassen jedoch darauf schließen, dass ein Voranbringen eines Wirtschaftsunternehmens sowie die Verfolgung der eigentlichen Ziele der Eigentümer nicht im Fokus seiner Tätigkeit stehen werden. Wir werden dies genau beobachten und fordern Ministerpräsident Bouffier auf, seine einst getätigten Versprechen zum Flughafenstandort Frankfurt einzuhalten und dessen Entwicklung nicht durch Aussagen von Kaufmann schädigen zu lassen.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de